

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Herzogstrasse 1 · 58511 Lüdenscheid

–
An

Stadt Lüdenscheid
Bürgermeister Sebastian Wagemeyer
Rathausplatz 2
58509 Lüdenscheid

OV Lüdenscheid

Andreas Stach
Fraktionsvorsitzender
Geschäftsstelle
Herzogstrasse 1
58511 Lüdenscheid
Tel.: +49 177 5129153
info@gruene-luedenscheid.de

Lüdenscheid, 4. Februar 2026

Verpflichtung der Fraktionen zu einem fairen, sachlichen und respektvollen Umgang im

Rahmen der Rats- und Ausschussarbeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer, lieber Sebastian,
untenstehend unser Antrag für die nächste Ratssitzung am 23.02.2026

Antrag:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen die im „Lüdenscheider Bündnis für Demokratie“ festgeschriebene Selbstverpflichtung zu einem fairen, sachlichen und respektvollen Umgang im Rahmen der Rats- und Ausschussarbeit verbindlich zu verankern. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30. Juni 2026 ein Regelwerk zu erarbeiten, dass:

1. die bereits bekannten Grundsätze des „Lüdenscheider Bündnis für Demokratie“ in einer schriftlichen Verhaltensrichtlinie festhält,
2. eine freiwillige, aber nachweislich eingehaltene Selbstverpflichtung aller Fraktionsmitglieder sicherstellt,
3. ein transparentes Verfahren zur Meldung und Bearbeitung von polemischen oder diskriminierenden Äußerungen etabliert.

Begründung:

Derzeit fehlt in unserer kommunalen Arbeit ein verbindlicher Rahmen, der den im „Lüdenscheider Bündnis für Demokratie“ formulierten Anspruch an Fairness, Sachlichkeit und Respekt konkret umsetzt. Ohne klare Leitlinien besteht das Risiko, dass polemische und diskriminierende Äußerungen – sei es in Sitzungen, Ausschüssen oder öffentlichen Diskursen

-auftreten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratische Willensbildung untergraben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht in einer verbindlichen, jedoch freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtung ein wirksames Instrument, um ein respektvolles Miteinander zu fördern, ohne die parlamentarische Freiheit unverhältnismäßig einzuschränken. Durch die Einführung einer transparenten Meldungs- und Bearbeitungsstruktur wird zudem sichergestellt, dass etwaige Verstöße zeitnah und fair behandelt werden.

Ein solches Regelwerk stärkt nicht nur das Arbeitsklima im Rat, sondern wirkt sich positiv auf die Außendarstellung der Stadt Lüdenscheid aus: Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter aktiv an einem diskriminierungsfreien und konstruktiven Diskurs arbeiten. Damit leistet die Stadt einen Beitrag zur Stärkung der kommunalen Demokratie und setzt ein klares Zeichen gegen Hass und Hetze.

Die Umsetzung ist unmittelbar umsetzbar, erfordert keine umfangreichen Investitionen und trägt langfristig zu einem nachhaltig funktionierenden, inklusiven Gemeinwesen bei.

Dem Antrag ist das Schreiben des Lüdenscheider Bündnis für Demokratie beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Stach

(Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen)